Klein und ländlich

Kein Hindernis mehr in einer digitalen Welt

(BS) Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Thorsten Albig will bis 2018 landesweit freies WLAN einführen. Dazu hat er auf der diesjährigen CeBIT in Hannover eine Absichtserklärung unterzeichnet. Im Behörden Spiegel-Interview spricht er u.a. über das neue E-Government-Gesetz des Landes und die Digitale Agenda. Die Fragen stellte R. Uwe Proll.

Behörden Spiegel: *Schleswig-Holstein ist das erste Land mit einem E-Government-Gesetz. Ein neues ist geplant. Wie ist hier der aktuelle Stand?*

Albig: Es geht dabei um die Modernisierung unserer rechtlichen Grundlagen. Wir passen das bestehende E-Government-Gesetz und unser Landesverwaltungsgesetz an die aktuellen Anforderungen eines bürger- und wirtschaftsfreundlichen E-Governments an. Der Gesetzentwurf wird voraussichtlich Ende dieser Woche vom Landtag beschlossen.

Behörden Spiegel: *Schleswig-Holstein ist klein und ländlich. Warum wird hier so massiv in neue Technologie investiert?*

Albig: "Klein und ländlich" ist in einer digitalen, vernetzten Welt kein Maßstab und vor allem auch kein Hindernis mehr. Im Gegenteil. Die Menschen erhalten ganz neue Möglichkeiten, ein attraktives Lebensumfeld für sich und ihre Familie mit einem attraktiven Job zu kombinieren. Gerade Schleswig-Holstein wird überdurchschnittlich stark von der Digitalisierung profitieren. Dieses Potenzial werden wir aber nur heben können, wenn wir durch neue Technologie und leistungsfähige Infrastrukturen auch an weltweiten, digitalen Wertschöpfungsketten teilhaben können. Und wenn wir unsere weichen und harten Standortfaktoren so kombinieren, dass wir für Fachkräfte besonders interessant sind.

Behörden Spiegel: *Seit Kurzem hat Schleswig-Holstein eine Digitale Agenda. Was sind hier die drei wichtigsten Punkte?*

Sprachen auf der CeBIT über die Digitalisierung Schleswig-Holsteins: R. Uwe Proll, Chefredakteur des Behörden Spiegel, und Torsten Albig, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. Foto: BS/lkm

Albig: Über allem steht die Grundidee, dass wir die Digitale Agenda nicht in einzelne, fachliche Parzellen aufteilen, sondern Querschnittsthemen auch als solche behandeln. Wir haben in den letzten Jahren als erstes Land eine Landesentwicklungsstrategie erarbeitet, in der die wichtigen Trends und Entwicklungslinien für Schleswig-Holstein bis 2030 aufgezeigt werden. Auf dieser Grundlage betrachten wir in der Agenda die Digitalisierung in allen Politikfeldern. Unsere Schwerpunkte sind Digitale Infrastruktur, E-Government und Transparenz, Wirtschaft im digitalen Zeitalter, Medienkompetenz und Teilhabe, Lernen in einer digitalen Welt, Digitalisierung im Wissenschaftsbereich, Governance und Wandel der Gesellschaft.

Behörden Spiegel: *Wie weit ist die Digitalisierung der Verwaltung in Schleswig-Holstein?*

Albig: In vielen Bereichen der Digitalisierung der Verwaltung stehen wir sehr gut da. Seit Jahren haben wir konsequent daran gearbeitet, unsere internen Verwaltungsprozesse digital abzubilden. Wir haben die E-Akte in den Ministerien eingeführt und angefangen, unsere papiernen Archive durch eingescannte Akten zu ersetzen. Wir haben viele Verwaltungsprozesse in speziellen Fachverfahren abgebildet. Unsere großvolumigen Geschäftsprozesse sind digitalisiert. Aufholen müssen wir bei unseren Schnittstellen zu unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft. Durch moderne Bürgerkonten und einen einheitlichen Verwaltungszugang über ein Internetportal wollen wir auch diese Lücke schließen.

Digitale Transformation in Bayern

"Projekt E-Akte" bereits sehr weit fortgeschritten

(BS/Wolfgang Bauer) Der Freistaat Bayern hat in den letzten Jahren intensiv die flächendeckende Einführung der E-Akte forciert und gilt heute als Vorreiter im Bereich der E-Verwaltungsarbeit und in der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie wie durch die Realisierung des BayernPortals.

Der Freistaat Bayern beschäftigt sich bereits seit den 2000er-Jahren mit dem Thema der digitalen Dokumentenverwaltung. Als im Jahr 2005 der Startschuss für das Projekt "Beschaffung und Einführung eines Dokumentenmanagement- und Vorgehensbearbeitungssystems" in der bayerischen Staatsregierung mit der Vergabe des Zuschlages an das Unternehmen Fabasoft fiel, war schwer vorstellbar, dass digitale Dokumente und deren Bearbeitung einmal fester Bestandteil des täglichen Lebens sein würden.

E-Akte im Freistaat Bayern

Die operative Umsetzung startete nach einer längeren Vorprojekt- und Pilotierungsphase im Jahr 2008 basierend auf dem damals gültigen DOMEA-Konzept und der Definition einer Standardlösung, die heute alle Module der E-Verwaltungsarbeit abdeckt. Die Lösung ist als Standardprodukt definiert, erlaubt jeder Behörde, die Anwendung in einem festgelegten Rahmen an die erforderlichen Bedürfnisse im Sinne eines Mehrmandantensystems anzupassen. Im Januar 2013 erging mit Ministerratsbeschluss die Vorgabe, die E-Akte in Bayern flächendeckend einzuführen. Ende 2016 waren insgesamt 30.000 registrierte Nutzer zu verzeichnen, davon etwa 20.000 bei der Polizei, rund 1.000 bei der Justiz und um die 10.000 im Verwaltungsbereich.

Wolfgang Bauer war bis Mitte März Leiter Referat IT-Strategie, IT-Sicherheit, IT-Infrastruktur im Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Seitdem ist er Präsident des Bayerischen Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Foto: BS/Stmflh

Im Rahmen der Konsolidierungsprojekte für die Rechenzentren und zur Projektsteuerung übernahm im Juli 2016 das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Zuständigkeit vom Bayerischen Staatsministerium des Innern. Digitalisierung ist im Bereich der Verwaltungen heute enorm wichtig, wie auch die erhobenen Zahlen belegen. Im Zeitraum 01.01.2016 bis 01.01.2017 stieg allein im Verwaltungsbereich die Zahl der in der E-Akte erfassten Dokumente um 22 Prozent auf ca. 8,4 Millionen und es wurden rund 3,6 Millionen Vorgänge (+elf Prozent) und ca. 600.000 Akten (+16 Prozent) erzeugt.

Herausforderungen für die Zukunft

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat im Zuge der Übernahme des Projektes auch eine Neuausrichtung vorgenommen. Das Modul E-Akte wird heute von allen angeschlossenen Ministerien und Behörden im Freistaat Bayern genutzt. Die Anwendungsfälle E-Zusammenarbeit und E-Vorgangsbereitung haben sich etabliert und das Einsatzgebiet wird laufend erweitert. Für die nächsten Monate wurden strategische, betriebliche und organisatorische Ziele definiert, die mit einem höchst motivierten Team umgesetzt werden. Neben der weiteren Standardisierung der Lösung und der Einbindung in die bayerische IT-Strategie stellt die Entlastung der Entscheidungsgremien ein wesentliches Ziel dar. Durch die Einführung einer neuen Gremienstruktur, insbesondere eines "Change Management Boards", entstand bereits ein zentrales Gremium für die Weiterentwicklung der E-Akte Bayern. Auf betrieblicher Ebene werden die Einbindung von Fachverfahren weiter forciert, direkte und schnellere Kommunikationswege für schnellere Reaktions- und Durchlaufzeiten etabliert sowie die Verzahnung von IT und Fachbereichen vorangetrieben und auf organisatorischer Ebene die Einführung der Vorgangsbearbeitung. Es sind zwar bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen, aber dennoch gibt es noch viel zu tun.

MELDUNG

E-Akte BaWü bis 2022 flächendeckend

(BS/gg) Der Ministerrat der Landesregierung Baden-Württemberg hat im März der Einführung der landeseinheitlichen elektronischen Akte zugestimmt. Bis zum Jahr 2022 soll die Landesverwaltung flächendeckend mit der E-Akte arbeiten. Die Pilotphase zur Einführung der E-Akte soll Ende 2018 starten. Dabei sollen höchste Sicherheitsstandards gelten.

Die Einführung der "E-Akte BW" soll in einem ressortübergreifenden Projekt unter Federführung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vorbereitet und umgesetzt werden. Für 2017 sind elf Stellen für das Projektteam veranschlagt. Es ist zudem eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 32 Millionen Euro vorgesehen. Im Juni 2017 soll das Vergabeverfahren starten, ab April 2018 die Entwicklung der speziell für die Landesverwaltung zugeschnittenen Software folgen. Ende 2018 soll dann die Einführung beginnen, zunächst in einzelnen Pilotbehörden. Die Behörden sollen ab 2019 sukzessive mit der E-Akte ausgestattet werden; ab 2022 soll die Landesverwaltung flächendeckend mit der E-Akte arbeiten.

Die E-Akte soll genauso sicher wie die bewährte Papierakte sein. Die Landesregierung bringt daher gleichzeitig eine Verwaltungsvorschrift zur Informationssicherheit auf den Weg, mit der alle IT-Prozesse standardisiert für alle Landeseinrichtungen geregelt und umsetzt werden. "Bei der Sicherheit digitaler Daten machen wir keine Abstriche, ganz im Gegenteil", betonte Digitalisierungsminister *Thomas Strobl.* Die Verwaltungsvorschrift sehe den Aufbau eines Informationssicherheitsmanagements vor. Zur Umsetzung erhielten die Ressorts insgesamt 29 Stellen für Beauftrage für Informationssicherheit, so *Strobl* weiter.

Mehr zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg auf dem Kongress "Baden-Württemberg 4.0" (www.bw-4-0.de), den der Behörden Spiegel in Kooperation mit der Stabsstelle für Digitalisierung am 11. Juli in Stuttgart veranstaltet.